

WISSENSWERK LANDSHUT Das Wissen über das Wissen.

Eine Reihe von Hochschule Landshut, BMW Werk Landshut, Hochschulgemeinde Landshut

Interview mit Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner

im Vorfeld der Wissenswerk-Veranstaltung:

Führt wissenschaftliche Beratung zu besserer Politik?

am 26.11.2007 an der Hochschule Landshut, Am Lurzenhof 1, 84036 Landshut.

Landshuter Zeitung: *Prof. Kirchgässner, wie frei ist das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft eigentlich? Holen sich die Politiker am Ende nicht doch immer die Wissenschaftler, die sie brauchen können?*

Prof. Gebhard Kirchgässner: Politiker holen sich sehr häufig jene Wissenschaftler, von denen sie erwarten, dass sie ihre politische Linie unterstützen. Das heißt natürlich nicht, dass in den bestellten Gutachten auch immer genau das steht, was die Politiker erwarten. Aber dass die Politiker versuchen, über eine Auswahl entsprechende Gutachten zu erreichen, steht außer Zweifel.

Wie funktioniert der Austausch zwischen Politik und Wissenschaft, wer geht da üblicherweise auf wen zu? Und wo entstehen diese Kontakte?

Es gibt zwei grundsätzliche Richtungen: Einerseits versuchen Wissenschaftler, in die Öffentlichkeit zu gehen, indem sie in Vorträgen oder in Zeitungsartikeln ihre Meinung zu politischen Themen äußern – worauf Politiker dann gelegentlich aufmerksam werden. Andererseits ist eine häufige Variante, dass Politiker gewisse Fragen haben und sich von sich aus an Wissenschaftler wenden – von denen sie erwarten, dass sie zu diesen Fragen etwas beitragen können, gleichzeitig aber auch ihrer politischen Richtung relativ nahe stehen - damit die Gefahr gering ist, dass dann in dem Gutachten etwas stehen wird, was den Anschauungen der Politiker diametral widerspricht.

Das Idealbild des objektiven Wissenschaftlers hat mit all dem dann aber wohl nichts mehr zu tun.

Wissenschaftler sind von Haus aus nicht weniger und nicht mehr objektiv als andere Menschen auch. Der wissenschaftliche Prozess zwingt sie jedoch dazu, relativ objektiv zu sein. Denn wenn Arbeiten veröffentlicht und nachvollziehbar werden, können sie auch kritisiert werden. Wissenschaftler können es sich schlecht erlauben, allzu oft widerlegt zu werden.

Und so stellt man es sich auch vor: Dass die Wissenschaft nach Wahrheit strebt und die Politik nach Macht. Oder kann man das gar nicht voneinander trennen?

Das kann man nicht voneinander trennen. Ein Wissenschaftler strebt zwar nach Wahrheit, aber auch nach Einfluss in seinem Bereich. Der wissenschaftliche Prozess,

die offene Diskussion führt allerdings dazu, dass in diesem Prozess wahre Aussagen auf Dauer größere Chancen haben als falsche Aussagen. Das heißt: Es ist nicht so sehr die Motivation des einzelnen Wissenschaftlers entscheidend, sondern die Art und Weise, wie der wissenschaftliche Prozess organisiert ist.

Die Tatsache, dass Wissenschaftler für ihre Gutachten Geld bekommen, vielleicht auch viel Geld – wie kommt das in diesem Prozess vor?

Wissenschaftler arbeiten – in diesem Fall oft auch hoch qualifiziert – und haben einen Anspruch darauf, für diese Arbeit entlohnt zu werden. Das ist das Gesetz jeder Marktwirtschaft, die nach Leistung entlohnt. Das Problem liegt nicht darin, dass Wissenschaftler entlohnt werden, sondern darin, dass möglicherweise über diese Entlohnung Anreize entstehen, gewisse Meinungen zu unterdrücken oder nicht zu äußern.

Im Anspruch wissenschaftlichen Arbeitens ist immer auch die Ergebnisoffenheit enthalten. Bei einem Gutachten dürfte es damit aber nicht weit her sein...

Auch die Ergebnisoffenheit ist mehr eine Angelegenheit des wissenschaftlichen Prozesses als des einzelnen Wissenschaftlers. Der einzelne Wissenschaftler möchte in seiner Arbeit bestimmte Ergebnisse erzielen, bestimmte Theorien bestätigen, bestimmte empirische Befunde aufweisen. Er ist kein neutrales Wesen, das in einer ihm völlig unbekanntem Welt steht und etwas entdecken will. Solche Menschen mag es auch geben. Aber typischerweise verfolgt er auch eigene Ziele. Die Lösung dieses Problems besteht darin, dass wir in der Wissenschaft einen offenen Diskussionsprozess haben, so dass das, was der Wissenschaftler behauptet, von anderen überprüft werden kann. Auf diese Tatsache hat übrigens schon Karl Popper hingewiesen, indem er gesagt hat, dass Wissenschaftler nicht prinzipiell bessere oder objektivere Menschen sind als der Rest der Welt. Auch der Wissenschaftler hat eigene Zielvorstellungen und eigene Beschränkungen seines Handelns. Und im Rahmen dieser Beschränkungen versucht er, diese Ziele durchzusetzen.

Und genießt als Gutachter trotzdem ein weitaus größeres Renommee als der Politiker. Warum eigentlich?

Vermutlich deshalb, weil er nicht nur in der politischen Beratung tätig ist, sondern daneben im wissenschaftlichen Diskurs gezwungen ist, seine Aussagen zu begründen und zu rechtfertigen, und weil er keine große Diskrepanz zulassen kann zwischen seinen Aussagen im politischen Prozess und seinen Aussagen im wissenschaftlichen Diskurs, wenn er seine Glaubwürdigkeit nicht verlieren will.

Ist es sehr schwer, Politikern zu vermitteln, dass Glaubwürdigkeit durchs Argument gestützt werden kann?

Man kann das versuchen. Aber faktisch läuft die Sache häufig so ab, dass Politiker oder die öffentliche Verwaltung an Wissenschaftler herantreten mit der Bitte, eine ganz bestimmte politische Aussage wissenschaftlich zu untermauern. Wenn der Wissenschaftler dann glaubwürdig bleiben will, hat er nur die Möglichkeit, sich zuerst zu fragen, ob er dies auch wissenschaftlich seriös tun kann. Wenn es möglich ist, besteht kein Problem; dann kann er diesen Auftrag annehmen.

Kennen Sie Beispiele dafür, dass bei einem Gutachten etwas völlig anderes

herausgekommen ist, als vom Auftraggeber gewünscht?

Dafür gibt es Beispiele. In Deutschland etwa die Bareis-Kommission zur Einkommensteuerreform im Jahr 1994, deren Vorschläge vom damaligen Finanzminister Theo Waigel zunächst als unbrauchbar verworfen worden waren. Solche Gutachten verschwinden dann möglicherweise in der Schublade und werden nur herausgegeben, wenn in der Öffentlichkeit Druck gemacht wird.

Der letzte Professor, der in Deutschland als Politiker von sich reden machte, war Paul Kirchhof. Ist sein Scheitern im Politikbetrieb ein abschreckendes Beispiel für Wissenschaftler?

Nein. Das Gegenbeispiel ist Herr Rürup, der seit längerem sehr gut im politischen Geschäft tätig ist und seine wissenschaftliche Reputation damit nicht gefährdet.

Was hat ein Wissenschaftler also primär zu beachten, wenn er sich in die politische Öffentlichkeit begibt?

Das Wichtigste ist, dass er seine Aussagen so formuliert, dass sie verständlich und trotzdem wissenschaftlich seriös und haltbar sind. Es darf weder eine platte politische Aussage sein, wie es Politiker machen dürfen. Es darf aber auch keine Aussage mit hundert Wenn und Aber sein. Wenn der Wissenschaftler in die Öffentlichkeit geht und politisch tätig werden will, dann macht das nur Sinn, wenn er auch anstrebt, politische Wirkung zu haben. Und dann müssen die Aussagen verständlich sein und eine eindeutige Botschaft haben.

Gibt es Handlungsbedarf in der Politikberatung?

Das ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. In Deutschland ist es zum Beispiel immer noch so, dass die Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Finanzministerium keine Literaturangaben enthalten. Dort werden Behauptungen aufgestellt, die plausibel erscheinen, zum Teil aber unter Wissenschaftlern umstritten sind. Dies ist ein Bereich, in dem in Deutschland Handlungsbedarf besteht. Außerdem scheinen mir die Parteien in Deutschland mehr Einfluss auf die wirtschaftspolitische Beratung zu nehmen als in der Schweiz.

Abschließende Frage: Was sollen die Zuhörer Ihres Vortrags mitnehmen?

Ich möchte aufzeigen, dass das hehre Bild des Wissenschaftlers – wie es auch in den Köpfen vieler Wissenschaftler existiert – nicht der Realität entspricht. Wissenschaftler verhalten sich ganz unabhängig davon, ob sie nun Politikberatung betreiben oder nicht, nicht prinzipiell anders als alle anderen Menschen auch. Man kann aber den Beratungsprozess so organisieren, dass er dennoch zu vernünftigen Ergebnissen führen kann.